Deutscher Bundestag

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Neuauflage
2022
20. Wahlperiode

„Menschenrechte sind das höchste Gut unserer Zivilisation, das in den letzten Jahren verstärkt unter Druck geraten ist. Als Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe ist es unsere Pflicht, diesen besorgniserregenden Entwicklungen entschieden entgegenzutreten. Unsere unbedingte Verpflichtung ist es, auf Verletzungen der Menschenrechte hinzuweisen, uns für jene einzusetzen, die helfen, sie zu schützen, und uns für die Einhaltung der Menschenrechte weltweit starkzumachen.“

Renata Alt, FDP
Vorsitzende des Ausschusses
für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Entscheidungen des Deutschen Bundestages werden in den Ausschüssen vorbereitet, die in jeder Wahlperiode neu eingesetzt werden. Vier von ihnen verlangt das Grundgesetz: die Ausschüsse für Auswärtiges, für Verteidigung, für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Petitionsausschuss. Gesetzlich vorgegeben sind auch der Haushaltsausschuss und der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. Der fachliche Zuschnitt der Ausschüsse entspricht weitgehend der Ressortverteilung der Bundesregierung. Auf diese Weise wird dem Parlament eine wirksame Kontrolle der Regierung ermöglicht.

Die Ausschüsse im Deutschen Bundestag

Eigene politische Akzente setzt der Deutsche Bundestag, indem er für bestimmte Themenfelder wie Sport, Kultur, Menschenrechte oder Tourismus weitere Ausschüsse einrichtet. Zusätzlich können Sondergremien wie Parlamentarische Beiräte, Untersuchungsausschüsse oder Enquetekommissionen eingesetzt werden.
In den Ausschüssen sind Abgeordnete aller Fraktionen vertreten. Ihre Zusammensetzung spiegelt die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag wider. Auch die Besetzung der Vorsitze und deren Stellvertretung erfolgt im Verhältnis der Stärke der Fraktionen. Die Mitgliederstärke der ständigen Ausschüsse liegt in der 20. Wahlperiode zwischen 19 und 49.

In den Ausschüssen werden die vom Plenum überwiesenen Vorlagen beraten und verhandelt. Im Rahmen der Selbstbefassung im eigenen Aufgabenbereich setzen sie Schwerpunkte in der parlamentarischen Debatte. Wenn nötig, ziehen sie externen Sachverstand hinzu – meist, indem sie öffentliche Anhörungen durchführen. Die Beratungen enden – insbesondere bei federführend beratenen Gesetzentwürfen und Anträgen – mit Beschlussempfehlungen und Berichten, auf deren Grundlage das Plenum seine Entscheidungen trifft.

Deutschland ist den universellen Menschenrechten verpflichtet. Die im Grundgesetz aufgeführten Grundrechte binden den Gesetzgeber unmittelbar. Auch die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), die EU-Grundrechtecharta und die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen sind für die Politik maßgebend. Seine besondere Verbundenheit mit den Menschenrechten und der humanitären Hilfe hat der Deutsche Bundestag im Jahr 1998 durch die Einrichtung eines eigenen Ausschusses zum Ausdruck gebracht. Er bekennt sich damit zur Rolle eines Anwalts von bedrohten und auf Hilfe angewiesenen Menschen in aller Welt.

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Die Menschenrechte sind bis heute in vielen Ländern stark eingeschränkt oder bedroht. Menschenrechtsverstöße wie Diskriminierung, Verfolgung, Vertreibung oder Unterdrückung von gesellschaftlichen Gruppen und ganzen Völkern sind nach wie vor weit verbreitet. Auch Folter und Todesstrafe werden in vielen Ländern immer noch angewandt. Menschenrechtspolitik bedeutet daher, sehr aufmerksam zu beobachten, ob Staaten ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachkommen, und dort zu intervenieren, wo Verstöße festgestellt werden.

Angesichts der zahlreichen und seit Langem andauernden gewaltsamen Konflikte und humanitären Krisen wächst der Bedarf an humanitärer Hilfe, die die Not der betroffenen Menschen lindern kann. Sie muss aber dringend ergänzt werden durch präventive Maßnahmen, die die Entstehung von Krisen vermeiden helfen.

6 SPD
5 CDU/CSU
3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 FDP
2 AfD
1 DIE LINKE.

Anzahl der Mitglieder: 19
Vorsitzende: Renata Alt, FDP
Stellvertretender Vorsitzender: Norbert Maria Altenkamp, CDU/CSU

Einsatz für Minderheiten und Menschen in Notsituationen

Der Ausschuss befasst sich in der 20. Wahlperiode, wie in den Wahlperioden zuvor, mit Problemen, die zumeist im Zusammenhang mit den Folgen staatlicher Repression oder von Krisen weltweit stehen. Zu den wichtigsten Themen zählen die Lage von ethnischen und religiösen Minderheiten sowie vulnerablen Gruppen wie der LGBTIQ-Community, die Repressionen ausgesetzt sind, die von Ausgrenzung, Diskriminierung und Verfolgung bis zu Folter und Hinrichtungen reichen können. Außerdem befasst sich der Ausschuss mit der Einschränkung des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaften, der weltweiten Situation von Flüchtlingen, der Bekämpfung von Folter und der Abschaffung der Todesstrafe. Auch allgemeinere Themen wie die Entwicklung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in einzelnen Ländern und Regionen oder die Auswirkungen der globalen Wirtschaftstätigkeit auf die Menschenrechte stehen im Fokus der Ausschussarbeit.
Unter der Leitung seiner Vorsitzenden Renata Alt (FDP) lässt sich der Ausschuss von der Bundesregierung regelmäßig über die Lage der Menschenrechte sowie über Leistungen und Defizite der humanitären Hilfe in den verschiedenen Krisengebieten berichten. Die Kompetenz für diese Themen ist nicht vorrangig in einem Ministerium gebündelt, sondern verteilt sich auf verschiedene Ressorts, insbesondere das Auswärtige Amt, das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und das Bundesministerium des Innern und für Heimat.

Weitere wichtige Informationsquellen des Ausschusses sind Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern von Regierungen und Parlamenten anderer Länder und internationaler Institutionen und Organisationen. So sucht der Ausschuss in Anhörungen, Expertenrunden und vertraulichen Gesprächen etwa den Austausch mit dem UNHCR, dem Welternährungsprogramm, der Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung, der deutschen und internationalen Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und einzelnen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidigern sowie dem Deutschen Institut für Menschenrechte. Umgekehrt machen sich die Ausschussmitglieder auf Reisen ein eigenes Bild von der Lage vor Ort und kommen dort mit den politisch Verantwortlichen oder Betroffenen in Kontakt.

Konkret tragen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages durch ihre parlamentarische Arbeit und die Schwerpunkte, die sie im Bundeshaushalt setzen, dazu bei, Menschenrechte im In- und Ausland zu stärken und in Notlagen Hilfe zu mobilisieren. Ganz gezielt unterstützt der Ausschuss auch Menschenrechtsverteidiger/-innen auf der ganzen Welt, die wegen ihres Einsatzes für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ebenso wie engagierte Journalistinnen und Journalisten vielfach massiv bedroht und verfolgt werden. Wenn Mitglieder des Ausschusses oder andere Abgeordnete mit diesen Aktivistinnen und Aktivisten zusammentreffen, hat dies eine Signalwirkung gegenüber den Regierungen der Länder, in denen diese Menschenrechtsverteidiger/-innen tätig sind, und bietet ihnen Schutz und Unterstützung für ihre wertvolle Arbeit.

Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe finden im Rahmen des internationalen Rechts statt. Der Ausschuss verfolgt das Ziel, dieses Recht zu einem international wirksamen System zum Schutz der Menschenrechte auszubauen. Dabei finden die bestehenden Institutionen seine nachhaltige Unterstützung. Dies gilt insbesondere für den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag, der die Bestrafung schwerer Menschenrechtsverletzungen ermöglicht, und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, vor dem Menschenrechte individuell eingeklagt werden können. In beiden Gremien findet die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen rechtlich wirksam und unter den Augen einer weltweiten Öffentlichkeit statt.

Auch dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen kommt eine herausragende Bedeutung zu. So erstellen die Sonderberichterstatter/-innen detaillierte Berichte zu einzelnen Ländern, zur Bekämpfung von Folter, zum Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit sowie zur Lage indigener Völker. Mit den aus diesen Berichten abgeleiteten Empfehlungen übt der Menschenrechtsrat öffentlichen Druck aus. Außerdem dient er als oberste Berufungsinstanz für alle, die sich in ihren Ländern – oft unter Einsatz ihres Lebens – für die Verteidigung von Menschenrechten einsetzen.

Hilfe für bedrohte Parlamentarierinnen und Parlamentarier

Der Deutsche Bundestag hat auf Initiative des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe das Schutzprogramm „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ (PsP) ins Leben gerufen. Mit ihm unterstützen Bundestagsabgeordnete bedrohte Kolleginnen und Kollegen in aller Welt, die im Zusammenhang mit der Ausübung ihres Mandats oder ihres politischen Engagements verfolgt werden, inhaftiert sind oder mit dem Tod bedroht werden.

Alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages können in diesem Programm eine Patenschaft übernehmen und über ihre Kontakte im In- und Ausland und eine entsprechende Vernetzung verschiedener Akteure aus Regierungen, Parlamenten, Botschaften, NGOs, anderen Institutionen sowie über einzelne Aktivistinnen und Aktivisten zum Schutz der Verfolgten beitragen. Über die richtige Mischung aus „Einsatz hinter den Kulissen“ und Mobilisierung von öffentlichem Druck muss dabei im Einzelfall entschieden werden. Manchmal hilft den Betroffenen ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Regierung, in anderen Fällen sind es Briefe an Inhaftierte, die Beobachtung von Gerichtsprozessen oder Besuche in Gefängnissen.
In den vergangenen Wahlperioden konnte für einzelne Bedrohte und Verfolgte eine Haftentlassung oder ein besserer Schutz erwirkt werden.

Renata Alt,
FDP
Vorsitzende
Diplom-Chemie-
ingenieurin,
geb. 27.8.1965
in Skalica (Slowenien).
MdB seit 2017

Norbert Maria
Altenkamp,
CDU/CSU
Stellvertretender
Vorsitzender
Bürgermeister a. D.,
geb. 27.7.1972 in Marl.
MdB seit 2017

Ausschussmitglieder

19 Mitglieder im Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Frank Schwabe,
SPD
Obmann
Gästeführer,
geb. 12.11.1970
in Waltrop.
MdB seit 2005

Knut Abraham,
CDU/CSU
Obmann
Diplomat,
geb. 4.6.1966
in Hamburg.
MdB seit 2021

Max Lucks,
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Obmann
Angestellter,
geb. 19.4.1997
in Gelsenkirchen-
Ückendorf.
MdB seit 2021

Peter Heidt,
FDP
Obmann, Sprecher
Rechtsanwalt,
geb. 28.4.1965
in Frankfurt/Main.
MdB seit 2019

Jürgen Braun,
AfD
Obmann, Sprecher
Selbstständiger
Kommunikationsberater,
geb. 25.8.1961
in Bergneustadt.
MdB seit 2017

Żaklin Nastić,
DIE LINKE.
Obfrau, Sprecherin
Angehörigenpflegerin,
geb. 29.1.1980
in Gdynia (Polen).
MdB seit 2017

Falko Droßmann,
SPD
Oberstleutnant
der Luftwaffe,
geb. 11.12.1973
in Wipperfürth.
MdB seit 2021

Heike Engelhardt,
SPD
Redakteurin,
geb. 5.6.1961
in Stuttgart.
MdB seit 2021

Fabian Funke,
SPD
Internationale
Beziehungen (B. A.),
geb. 25.7.1997
in Dresden.
MdB seit 2021

Nadja Sthamer,
SPD
Wiss. Mitarbeiterin,
geb. 13.3.1990
in Reichenbach
im Vogtland.
MdB seit 2021

Derya Türk-Nachbaur,
SPD
Päd. Fachkraft,
geb. 10.4.1973
in Paderborn.
MdB seit 2021

Michael Brand (Fulda),
CDU/CSU
Sprecher
Angestellter,
geb. 19.11.1973
in Fulda.
MdB seit 2005

Dr. Jonas Geissler,
CDU/CSU
Regierungsrat,
geb. 5.6.1984
in Isny im Allgäu.
MdB seit 2021

Sabine Weiss (Wesel I),
CDU/CSU
Rechtsanwältin,
Bürgermeisterin a. D.,
Parl. Staatssekretärin
a. D.,
geb. 26.5.1958
in Duisburg-Hamborn.
MdB seit 2009

Boris Mijatović,
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Sprecher
Angestellter,
geb. 4.2.1974 in Kassel.
MdB seit 2021

Beate Walter-
Rosenheimer,
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
Diplom-Psychologin,
geb. 20.11.1964
in Weißenburg (Bayern).
MdB seit 2012

Martin Sichert,
AfD
Diplom-Kaufmann,
geb. 10.6.1980
in Nürnberg.
MdB seit 2017

Informationen im Internet

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe
www.bundestag.de/menschenrechte

Auswärtiges Amt
www.auswaertiges-amt.de

Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
www.bmz.de

Büro des Hohen Kommissars für
Menschenrechte der Vereinten Nationen
www.ohchr.org

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
www.coe.int/de/web/portal/
gerichtshof-fur-menschenrechte

Generaldirektion Europäischer Katastrophenschutz
und humanitäre Hilfe der EU
http://ec.europa.eu/echo/

Deutsches Institut für Menschenrechte
www.institut-fuer-menschenrechte.de

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe
deutscher Nichtregierungsorganisationen
www.venro.org

Download- und Bestellservice für
Informationsmaterial des Deutschen Bundestages
www.btg-bestellservice.de

Kontaktdaten des Ausschusssekretariats

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-33550
Fax: +49 30 227-36051
E-Mail: menschenrechtsausschuss@bundestag.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit
Koordination: Dr. Elisabeth Heegewaldt, Elmar Ostermann
Texte: Georgia Rauer; Bearbeitung: Unterabteilung Parlament und Abgeordnete (S. 4–5); Sekretariat des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (S. 6–17)
Lektorat: Dr. Christian Jerger
Gestaltung: Marc Mendelson, Bearbeitung Nolte Kommunikation
Grafik: S. 7 Marc Mendelson, Bearbeitung Nolte Kommunikation
Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung 2008 büro uebele
Fotos: Bildredaktion des Referats Öffentlichkeitsarbeit: Sylvia Bohn, Julia Jesse
Bildnachweise: S. 2 Deutscher Bundestag (DBT) / Linus Lintner Fotografie; S. 8, 10, 11 DBT / Tobias Koch; S. 9 DBT / Felix Zahn / photothek; S. 19 DBT / studio kohlmeier
Porträts: S. 3, 12 Renata Alt / Laurence Chaperon (Alt); S. 12 DBT / Inga Haar (Altenkamp); S. 13 spdfraktion.de / photothek (Schwabe); Knut Abraham / Andreas Egeresi (Abraham); Max Lucks / Finn Kantus (Lucks); Peter Heidt / Laurence Chaperon (Heidt); DBT / Thomas Köhler / photothek (Braun); DIE LINKE. im Bundestag (Nastić); S. 14 DBT / Inga Haar (Droßmann); spdfraktion.de / photothek (Engelhardt); spdfraktion.de / photothek (Funke); spdfraktion.de / photothek (Sthamer); spdfraktion.de / photothek (Türk-Nachbaur); Michael Brand / Tobias Koch (Brand); S. 15 Dr. Jonas Geissler / Stefanie Rebhan (Geissler); Sabine Weiss / Martin Preissner (Weiss); Boris Mijatović / Stefan Kaminski (Mijatović); Beate Walter-Rosenheimer / Fotostudio „All eyes on you“ (Walter-Rosenheimer); Martin Sichert / Büro Martin Sichert (Sichert)
Druck: Druckhaus Waiblingen Remstal-Bote GmbH

Stand: November 2022
© Deutscher Bundestag, Berlin
Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder für Wahlwerbezwecke eingesetzt noch von Parteien oder Fraktionen für die eigene Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden.

Im Deutschen Bundestag werden Entscheidungen über zum Teil sehr komplexe und strittige Gesetzesvorhaben und über parlamentarische Initiativen aus allen Politikbereichen getroffen. Ausschüsse spielen eine zentrale Rolle in der parlamentarischen Beratung. Denn hier ringen die Abgeordneten um Kompromisse und ziehen Sachverständige hinzu, ehe sie ihre Berichte und Beschlussempfehlungen für die Bundestagsabstimmungen abgeben.

www.bundestag.de/ausschuesse

Dieser Flyer in der
jeweils aktuellsten Version
als barrierefreie PDF-Datei: